

als die mittlerweile zum Glück abgeschafften Witwenverbrennungen in Indien oder die anderswo leider noch ganz und gar üblichen Genitalverstümmelungen junger Mädchen. Und Menschenrechtsverletzungen sind nirgendwo auf der Welt ein Teil kultureller Identität". Wie überall hat auch der Staat in Pakistan die Pflicht, seine Bürgerinnen und Bürger vor Menschenrechtsverletzungen zu schützen. Asma, Hina und ihre Mitstreiter in der Menschenrechtskommission werden nicht müde, staatliches Handeln anzumahnen, und die vielen Frauen, die seit dem 6. April 1999 öffentlich gegen den Mord im Büro der Anwältinnen protestiert haben, tun es ihnen gleich.

Ein Zeichen der Hoffnung? Für Beena Sarwar, die als Journalistin und als Mitglied der Menschenrechtskommission gegen die gesellschaftliche Verfemung ihrer Schwester Veena Hayat und anderer Gewaltopfer anschreibt, ist die alte Ordnung brüchig geworden (8). Sie sagt, auch wenn man all die rebellierenden Saimas, Humairas, Riffats und Samias umbrächte, könnte man den Wunsch nach Freiheit heute nicht mehr unterdrücken. Denn der Wunsch nach Freiheit habe seinen Ursprung im menschlichen Geist.

"The human mind, as everyone knows, is the most formidable creation of the Almighty."

1) z.B. Syed Imtiaz H. Gilani: Tragedy of

Honour Killings in Society, in: 'The News', 14.5.99

2) M. Ziauddin: The Legitimacy of Honour Killing, in: 'Dawn', 8.5.99

3) Abdullah Jan: The Other Side of the Picture, in: 'The News', 16.4.99

4) zitiert nach Susanne Thiel: Kulturschock Pakistan, S.115

5) Rahimullah Yusufzai: Counter-Accusations, in: 'The News', 16.4.99

5a) 'Dawn', 26.5.99

6) Vortrag bei der Friedrich Naumann-Stiftung, Bonn, 22.4.99

7) Arifa Noor: The Story begins at Home, Interview mit Hina Jilani, in: 'The News', 16.4.99

8) Beena Sarwar, The Old Order Change, in 'The News', 16.4.99

"Die Gewalt in Karachi wird wieder zunehmen"

Interview und Text von Martin Stürzinger

1947 sagte Staatsgründer Muhammad Ali Jinnah, Karachi sei der Geburtsort Pakistans. Er prophezeite, der Tag sei nicht mehr fern, da Karachi zu den schönsten Städten der Welt gehöre. Das Gegenteil ist der Fall. Seit Jahren herrschen in der ehemaligen Hauptstadt Chaos und Gesetzlosigkeit. Die öffentlichen Dienste sind weitgehend lahmgelegt. Die Hafenstadt Karachi wurde zum Paradies für Waffenhändler, Drogenbarone, Kidnapper, Mörder, Autoschieber, Grundstücksspekulanten und Heckenschützen.

Die Einwohnerzahl dieser Megalopolis wird auf mittlerweile zwölf Millionen geschätzt. 90 Prozent der Bevölkerung sind eingewandert. Neben den ursprünglich anwesenden Sindh leben in der Provinzhauptstadt des Sindh zugewanderte Punjabis, Paschtunen, Afghanen und vor allem Mohajirs, urdusprachige Flüchtlinge aus Indien und ihre Nachkommen. Besser ausgebildet, flexibler und aktiver als die Einheimischen wurden sie in Karachi bald zur führenden Kraft. Als in den siebziger Jahren der damalige Staatschef Zulfikar Ali Bhutto, ein Sindh, alle Großbetriebe verstaatlichte, wurden viele Mohajirs enteignet.

Ein Quotensystem für Stellen in öffentlichen Ämtern grenzte die Mohajirs systematisch aus. Die Mohajirs begannen sich zu organisieren. 1984 wurde das 'Mohajir Qaumi Movement' (MQM) gegründet. Im November 1988 gewann die MQM bei den ersten Wahlen nach dem Ende der Militärdiktatur von Zia-ul Haq auf Anhieb elf der dreizehn Wahlkreise in Karachi sowie zwei weitere in der Nachbarstadt Hyderabad. Gleichzeitig kam es zu gewalttätigen Zusammenstößen zwischen Mohajirs und Sindh. 1992 versuchte die Armee mit ihrer "Operation Clean-up" die MQM zu zerschlagen. Doch das mißlang gründlich. Statt ihre Basis zu verlieren, wurde die MQM immer stärker von der Bevölkerung unterstützt. Als die Armee eine Splittergruppe der MQM, die 'MQM-Haqiqi' (Haqiqi bedeutet Wahrheit; Anm. der Red.), massiv mit Waffen und Geld unterstützte, entwickelte sich die Auseinandersetzung zum Guerillakrieg. Tausende von MQM-Mitgliedern wurden unter fadenscheinigen Anklagen verhaftet, viele tauchten unter oder flüchteten ins Ausland. Trotzdem blieb die Basis der MQM intakt.

Ende 1994 zog sich die Armee demoralisiert aus Karachi

zurück und überließ die Stadt der Polizei und den Rangern. Seither herrschen in Karachi Chaos und Gesetzlosigkeit. Amnesty International zitierte in einem Bericht reihenweise Beispiele von Folter und Vergewaltigung seitens der Polizei. Verdächtige wurden demnach monatelang in Ketten gehalten, kopfüber aufgehängt, konstant geißelt und ihre Gliedmaßen zertrümmert. Hunderte von Zivilisten, meist unbewaffnet, wurden niedergeschossen.

Bei den Wahlen von 1997 gewann die MQM - die sich neuerdings 'Muttahida Qaumi Mahaz' (Vereinigte nationale Bewegung) nennt - zwölf Sitze in der Nationalversammlung sowie 28 Sitze in der indischen Provinzparlament und wurde darauf vom neuen Premierminister Nawaz Sharif in eine Koalition mit seiner 'Pakistan Muslim League' (PML) eingebunden. Die Gewalt flaute jedoch nur für kurze Zeit ab. Am 17. Oktober 1998 fiel in Karachi der frühere Gouverneur des Sindh, Hakim Said, einem Mordanschlag zum Opfer. Regierungschef Nawaz Sharif sagte danach, ihm lägen eindeutige Beweise vor, daß der Anschlag von führenden MQM-Politikern angeordnet worden sei. Am 30. Oktober 1998 wurde die Koalitionsregierung im Sindh entmachtet und das Gouverneursrecht über die Provinz verhängt. Provinzgouverneur wurde der Ex-General Moinuddin Haider. Seither hat sich die Lage in Karachi leicht beruhigt. Beobachter gehen jedoch davon aus, daß dieser prekäre Friede von kurzer Dauer ist.

Derselben Meinung ist Dr. Muhammad Farooq Sattar, der zum engsten Führungskreis der MQM zählt. Der erst 38-jährige Politiker vertrat die MQM von 1988 bis 1992 im Parlament in Islamabad. Gleichzeitig war er auch Bürgermeister von Karachi. 1993 boykottierte die MQM die nationalen Wahlen. Farooq Sattar gewann einen Sitz im Provinzparlament. Im April 1994 wurde er verhaftet und erst Ende Januar 1997 - unmittelbar vor den letzten Wahlen - auf Bewährung entlassen.

Bei den Wahlen vom Februar 1997 kandidierte Farooq Sattar für die Nationalversammlung und das Provinzparlament im Sindh, gewann beide Sitze und verzichtete zugunsten des Landtags auf das nationale Mandat. Zur Zeit ist er Fraktionsführer der MQM im indischen Provinzparlament.

Sie verbrachten fast drei Jahre im Zentralgefängnis von Karachi. Wie lautete die Anklage gegen Sie?

Es gab alle Arten von Anklagen, wegen Mord, Anstiftung zum Mord, Brandstiftung, Plünderungen, alles, was in Karachi stattgefunden hat. Wir wurden sogar angeklagt, für den Tod unserer eigenen Aktivisten verantwortlich zu sein.

1997 gewann die MQM 28 der 100 Sitze im Provinzparlament und bildete dann mit der PML, die 14 Sitze gewonnen hatte, eine Koalitionsregierung im Sindh. Stellten Sie Bedingungen für diese Zusammenarbeit?

Wir unterzeichneten am 21. Februar 1997 nach fünf Marathontreffen eine Übereinkunft, die aus vier Kapiteln bestand. Im ersten Kapitel ging es um eine Wiedergutmachung der Mißstände, die durch den systematischen Genozid und die ethnischen Säuberungen verursacht worden waren, sowie eine Wiedergutmachung der Probleme, die wegen der Niederschlagung und Verfolgung der MQM entstanden waren. Der erste Punkt dieses Kapitels beinhaltete eine Überprüfung und den Rückzug der Anklagen, der zweite eine finanzielle Kompensation der Familien der betroffenen Personen. Im dritten Punkt ging es um eine Wiedereinstellung von Entlassenen, im vierten um eine Rehabilitation der 1.200 Familien, die ihre Häuser wegen der MQM-Haqiqi hatten verlassen müssen. Der fünfte Punkt befaßte sich mit der Eliminierung des Terrorismus in den Gebieten der Haqiqi und der Öffnung dieser Gebiete für Mitglieder der MQM.

Das zweite Kapitel befaßte sich mit der Machtaufteilung. Es legte eine Aufteilung von 50 zu 50 fest, obwohl wir ja mehr Sitze gewonnen hatten. Im dritten Kapitel ging es zum Beispiel um eine Überprüfung des Quotensystems von 1973, das der Hauptgrund war für die Polarisierung in dieser Provinz und das letztlich das Faß zum Überlaufen brachte und zur Gründung der MQM führte. Ein weiterer Punkt war die Repatriierung der gestrandeten Pakistanis in Bangladesh. Zudem ging es auch um die Durchführung der Volkszählung und von Lokalwahlen.

Das vierte Kapitel behandelte die Politik der 'Pakistan Peoples Party' gegen Karachi und die Mohajirs. Die Partei löste zum Beispiel die 'Karachi Metropolitan Corporation' auf und zerstörte die Einheit der 'Karachi Development Authority', indem sie sie in verschiedene 'Development Authorities' aufteilte. Die Gründung des Distrikts Malir erfolgte aus rein ethnischen Gründen. Diese Politik sollte rückgängig gemacht werden.

Die PML war mit alle diesen Punkten einverstanden?

Ja.

Was wurde davon umgesetzt?

Tatsächlich wurde bis heute, eineinhalb Jahre später, lediglich ein Punkt des ersten Kapitels umgesetzt. 100 Millionen Rupien statt 400 Millionen Rupien (Anm.d.Red.: 1 DM = ca. 28 Rupien), wie eigentlich versprochen, wurden an Betroffene ausbezahlt. Das heißt, 25 Prozent eines Punktes aus einem Kapitel wurden umgesetzt. Und etwa 30 Personen wurden auf Bewährung aus dem Gefängnis entlassen, neben den Führungspersonen der MQM, die aber schon von der Übergangsregierung freigelassen worden waren. Ministerpräsident im Sindh wurde Liaquat Jatoi von der PML, obwohl wir eigentlich den Posten verdient hätten. Wir erhielten nur acht von 24 Ministerien, also nicht 50 Prozent wie eigentlich vereinbart. Schon damals verletzte die PML das Abkommen.

Das war schon ganz am Anfang. Weshalb hielt denn die Koalition eineinhalb Jahre?

Das ist eine gute Frage. Unsere Demokratie ist sehr brüchig, sehr schwach. Die politischen Institutionen sind unglücklicherweise nicht entwickelt. Die Politiker der nationalen Parteien haben nie versucht, die Kräfte der Demokratie zu vereinen. Sie versuchen immer, sich gegenseitig zu beherrschen. Wenn Benazir mit ihrer PPP an der Macht ist, versucht sie die PML zu unterdrücken, wenn die

PML die Regierung stellt, versucht sie, gegen die PPP vorzugehen. Es zählen weder Ideologie, Philosophie noch Parteiprogramm, sondern es geht vor allem darum, an die Macht zu gelangen. Als Resultat sind die Politiker bis heute keine wichtigen Faktoren im demokratischen System von Pakistan. Die Armee und andere Kräfte des Establishments sind so mächtig geworden, daß es zu einer Verfassungskrise geführt hätte, wenn sich die MQM zurückgezogen hätte. Das hätte zur Verhängung des Gouverneursrechts und zur Destabilisierung geführt. Dafür wollten wir nicht verantwortlich gemacht werden. Wir wollten beweisen, daß wir Demokraten sind und in der Regierung bleiben, obwohl unsere Beschwerden nicht ernst genommen wurden.

Dennoch gab es im letzten Herbst Anzeichen, daß die Koalition platzen könnte.

Seit den Wahlen verloren wir etwa 300 Aktivisten. Einer Partei, die in der Regierung ist, wird jeden Tag eine Leiche übergeben. Wir verloren also nicht nur Tausende von Aktivisten und Unterstützern während der Regierungszeit von Benazir Bhutto, wir haben auch etwa 300 Aktivisten in der Zeit verloren, in der wir mit der PML eine Koalitionsregierung bildeten. Das war erneut eine Tragödie. Deshalb war es von uns auch nicht mehr zu verantworten, in der Regierung zu bleiben.

Wer ist für den Tod dieser 300 Menschen verantwortlich?

Die staatlichen Organe, die Haqiqi und möglicherweise andere Kräfte.

Die PPP benutzte die Haqiqi, um die MQM in Schach zu halten. Kann man sagen, daß die PML dasselbe macht?

Ja. Sie machen genau dasselbe. Die Gebiete der Haqiqi sind für uns immer noch "no-go-areas", bis heute. Wir gewannen die Wahlen. Diese Gebiete gehören zu unserem Wahlkreis. Wir sind die legitimen Vertreter dieser Gebiete. Aber wir dürfen sie nicht betreten. Wir müßten dort um unser Leben fürchten. Tatsächlich findet zur Zeit die dritte Operation gegen die MQM statt. Die erste war 1992, die zweite 1994 und 1995, und seit der Einführung des Gouverneursrechts findet die dritte Operation statt.

Würden Sie das, was zur Zeit geschieht, wirklich auf diese gleiche Ebene stellen?

Die Art und der Stil sind anders.

Aber das Ausmaß an Gewalt ist doch viel geringer?

Das stimmt. Bis jetzt. Sie haben aus vergangenen Fehlern gelernt. Sie versuchen, vorsichtig zu sein. Aber unter dem Deckmantel der Vorsicht finden alle Arten von Menschenrechtsverletzungen statt. Sie machen nicht viel Aufsehen, sondern versuchen in aller Stille ihr Ziel zu erreichen.

Nach der Einführung des Gouverneursrechts war es den Parlamentariern verboten, das Parlament zu betreten.

Ja, bis zum Urteil des Obersten Gerichts am 12. Januar konnten wir nicht tagen. Doch dann entschied dieses Gericht, daß eine Koexistenz des Provinzparlaments und der Regierung des Gouverneurs möglich sei. Seither haben wir eine sehr seltsame Situation, wie sie in der Geschichte Pakistans noch nie vorkam.

Und wer regiert nun im Sindh?

Die Exekutivgewalt liegt beim Gouverneur. Aber das Provinzparlament tagt immer noch jede Woche. Das Oberste Gericht legte fest, daß sich das Parlament treffen kann. Es kann Gesetze verabschieden, aber es darf sich nicht in die Exekutivgewalt des Gouverneurs einmischen. Das führt allerdings zu zahlreichen Problemen. Das Parlament hat keine Regierung mehr, darf auch keine Regierung bilden, und es darf auch nicht die Regierung kritisieren. Normalerweise muß sich die Regierung dem Parlament gegenüber verantworten. Aber der Gouverneur muß sich uns gegenüber nicht verantworten. Das ist eine sehr eigenartige Erfahrung.



Vielen hatlen Karachi für unregierbar (Foto: Walter Keller)

Wie verhalten sich denn die Abgeordneten der PML?

Sie haben sich bisher nicht zu einer klaren Position durchringen können. Kein Parlamentarier des Provinzparlamentes kann ein derart undemokratisches Urteil unterstützen. Das aber ist ihr Problem. Ihre Partei unterstützte das Gouverneursrecht, aber die Parlamentarier können das nicht offen unterstützen. Sie sind da in eine Falle geraten.

Nawaz Sharif machte die MQM vor der Einführung des Gouverneursrechts für verschiedene Mordanschläge verantwortlich.

Man kann das Volk nicht länger für dumm verkaufen, indem man Schauprozesse durchführt, Geständnisse durch schwere Folterungen erpreßt. Bisher führte eine Anklage gegen die MQM noch nie zu einer Verurteilung durch ein normales Gericht. Die Militärgerichte können der Politik der Regierung folgen, aber nicht die Zivilgerichte. Sie sind bis zu einem gewissen Grad unabhängig.

In den letzten sechs Jahren wurden mindestens 15.000 Anklagen gegen Aktivisten und Sympathisanten der MQM erhoben, ohne daß es zu einem Urteil kam. Die Hälfte von ihnen wurde freigesprochen, die andere Hälfte auf Kautionsfreilassung. Nun sollen dieselben Fälle wieder eröffnet und neue Anklagen erhoben werden. Das Problem ist der Haß des Establishments, der Machtmafia, auf die MQM. Die MQM ist eine reine Mittelklassepartei mit vielen jungen und gut ausgebildeten Politikern in ihren Reihen. So war ich damals, als ich mit 27 Jahren in einer derart großen Stadt wie Karachi Bürgermeister wurde, sogar der jüngste in ganz Pakistan. Wie kann ein Feudalherr, dessen Wähler wie Sklaven total von ihm abhängen, dessen Willen in seinem Wahlkreis unangefochten ist, der einen großen Pajero fährt und riesige Ländereien besitzt eine MQM im Machtgeschäft tolerieren? Es geht hier um ein Phänomen der Ablehnung. Wir haben die letzten fünf Wahlen erfolgreich gewonnen. Aber wir erhielten nie wirklich Macht. Die Machtmafia sah immer zu, daß wir nicht in die Regierung kamen. Wir wurden zwar kosmetisch an der Macht beteiligt, aber die Macht wurde uns nie wirklich übertragen. Alle Entscheidungen wurden ohne uns gefällt. Nun macht man uns für den Verfall von Recht und Ordnung verantwortlich. Aber wie kann man uns dafür verantwortlich machen, wenn die MQM nie wirklich an der Macht beteiligt war?

Die MQM macht geltend, der Sindh und insbesondere Karachi würden von der Zentralregierung vernachlässigt.

Es ist eine gezielte Politik, Karachi zu diskriminieren. Man gibt der

Stadt nicht die Möglichkeit, die eigenen Probleme zu lösen. Andererseits werden keine öffentlichen Investitionen mehr getätigt und so ein Umfeld geschaffen, das auch ausländische Investoren fernhält. Diese ethnische Politik in Pakistan und Ignoranz der Regierung in Islamabad gegenüber den Städten ist ja der Hauptgrund für die Gründung der MQM gewesen. Seit der Gründung des Landes 1947 besteht diese diskriminierende Politik. Die Einwohner von Karachi werden vernachlässigt und ignoriert, ihnen werden ihre Rechte verweigert, sowohl in Bezug auf ihre politischen Vertreter als auch im wirtschaftlichen und sozialen Sektor.

War das ein Hauptgrund, die Hauptstadt nach Islamabad zu verlegen? (Anm. d. Red.: Der Umzugsbeschluß in das eigens als neuer Regierungssitz erbaute Islamabad fiel bereits 1959)

Selbstverständlich. Dieser voreingenommene und engstirnige Ansatz zieht sich durch die gesamte Geschichte. Unsere herrschende Elite, die Machtmafia, welche die Situation in Gestalt der Mehrheit des Punjab (Anm. d. Red.: Knapp 60 Prozent der pakistanischen Bevölkerung sind Punjabis) ausnutzt, besteht aus drei Säulen: die militärische Bürokratie, die zivile Bürokratie und als wichtigste Säule die Feudalherren und Stammesführer. Diese drei Gruppen wollen keine Änderung im politischen System und in der politischen Kultur Pakistans. Seit 50 Jahren geht es mit unserem Land nur abwärts. Etwa 500 Familien herrschen seit 50 Jahren über die Bevölkerung von Pakistan. Sie haben dem pakistanischen Volk bisher nicht den kleinsten Anteil an Macht abgetreten. Das Land wird geplündert und ausgeraubt, entweder unter dem Deckmantel von Wahlen und Demokratie oder Kriegsrecht. Weil die Punjabis Politik, Armee und Bürokratie dominieren, hat die Regierung einen einseitigen Ansatz gegenüber der Bevölkerung der übrigen Provinzen, die von anderen ethnischen Gruppen bewohnt werden. Der Punjab hat immer versucht, mehr und mehr Macht zu erhalten. Von 100 Milliarden Rupien öffentlicher Gelder werden 85 Milliarden im Punjab ausgegeben für Straßen, Autobahnen, das 'Lahore Mass-Transfer-System' und den Flughafen von Lahore (Anm. d. Red.: Lahore ist die Provinzhauptstadt des Punjab). Für das 'Karachi Mass-Transit-Project' stehen dagegen nicht einmal acht Milliarden Rupien zur Verfügung - je zwei Milliarden verteilt auf vier Jahre. Die Regierung erfüllt ihre Verpflichtungen nicht.

Was wäre denn zu tun in Karachi?

Karachi braucht dringend Lösungen bei der Wasserversorgung, der

Abwasserentsorgung, bei den Straßen und natürlich beim Recht und den Gesetzen. Am dringendsten wäre ein Projekt für die Versorgung Karachis mit zusätzlichen 100 Millionen Gallonen (1 Gallone = 4,56 Liter) Trinkwasser. Aber auch dafür scheint die Regierung die hierfür erforderlichen zwei Milliarden Rupien nicht zu haben. Das wäre nicht so teuer. Aber der Zentralregierung ist es das Geld nicht wert. Statt dessen plant die Regierung den Bau einer Autobahn von Karachi nach Hyderabad, die die Bevölkerung im Sindh gar nicht will. Derartige Projekte werden den Leuten im Sindh gegen ihren Willen aufgezwungen. Die Menschen im Sindh wollen eine bessere Wasserversorgung, ein besseres Abwassersystem, bessere Transportmöglichkeiten und bessere Straßen in Karachi.

Wie will die MQM die Probleme Karachis angehen?

Dazu kann ich drei Punkte nennen. Als befristete Lösung könnte der MQM entsprechend ihrer Präsenz im Provinzparlament die Autorität übertragen werden, und zwar vor allem im Bereich der Ordnungskräfte. Wir können garantieren, daß sich die Situation ändert, wenn wir für Recht und Gesetz verantwortlich sind. Danach sollte die MQM in eine wirkungsvolle Koalitionsregierung eingebunden werden. Wir sollten freie Hand haben. Das darf keine kosmetische Übung sein. Auf lange Sicht brauchen wir ein 'Greater Karachi Council' und eine starke Stadtregierung. Diesen Gremien sollte alle notwendige Macht übertragen werden, was Ordnungskräfte, Dienstleistungen, Infrastruktur, Verkehr, Land, Finanzen und lokale Steuern betrifft. Bisher verbleiben nicht einmal die Grundstücks-, Einkommens- oder Verkehrssteuern in Karachi. Das muß sich ändern.

Letztlich muß ein Zweijahresprogramm entworfen werden, um die Macht zu dezentralisieren. Aber die PML oder die PPP könnten uns erneut betrügen. Wir schlagen deshalb Dreiparteiengespräche vor, möglicherweise sogar unter Einschluß der Armee. Diese Parteien sollten sich zusammensetzen und sich öffentlich verpflichten, nach einer Lösung zu suchen. Die MQM ist bereit dazu. Das zeigt, wie entschieden die MQM ihre demokratische und politische Rolle spielen will. Aber wenn uns die Türen immer verschlossen bleiben, können wir unsere politische Rolle nicht wahrnehmen. Unsere Partei hatte bis heute fast immer nur ein einziges Büro. Alle anderen Büros sind geschlossen. Wenn ein Aktivist ein anderes Büro aufmachen will, wird er gejagt, verhaftet, gefoltert, getötet.

Sie verlangen also mehr Autonomie für Karachi?

Die Stadt ist zu abhängig von den Entscheidungen des Provinzparlaments. Sie können uns Restriktionen auferlegen bei den Finanzen, der Administration und der Gerichtsbarkeit. Wir hatten genug Experimente. Wir wollen eine wirkliche Aufteilung der Autorität, eine Dezentralisierung der Macht. Die Macht muß direkt an die Leute gehen. Kleine Gruppierungen müssen mehr Macht erhalten. Die Parlamente müssen deshalb gestärkt werden. Gleiches gilt für Distrikt- und Stadtregierungen, die nach dem Vorbild des in anderen Teilen der Welt praktizierten Konzepts moderner kommunaler Selbstverwaltung aufzuwerten sind. Die Distrikt- und Stadtregierungen müssen stark, unabhängig, autonom und gleichzeitig verantwortlich und selbsttragend sein, so daß der Bürgermeister von Karachi nicht mehr in Islamabad um Gelder und Genehmigungen für Projekte betteln muß. (...) Karachi sollte finanzielle und administrative Mittel erhalten, damit seine Bewohner selbst entscheiden können. Das ist der einzige Weg für die Zukunft Pakistans. Diejenigen, die jetzt an der Macht sind, haben die Wahl: Entweder müssen sie Pakistan oder Karachi abschreiben.

Wird die Gewalt in Karachi wieder zunehmen?

Ja. Der prekäre Friede, den wir im Moment unter dem Gouverneursrecht erleben, ist von kurzer Dauer. Wir haben verschiedene Befürchtungen. Es geht nicht nur um die MQM. Es gibt keine öffentlichen Investitionen mehr in der Stadt. Die Probleme der Stadt nehmen zu. Ich würde sogar von einer Eskalation sprechen. Die Psyche der Bevölkerung in Karachi wird gewalttätig. Ich sehe kein Licht am Ende des Tunnels. Es gibt keine Hoffnung.

Aber im Moment ist es doch ruhiger als noch vor einem Jahr?

Wir hatten auch eine kurze Friedenszeit nach den ersten beiden Operationen. 1992 nach der 'Operation Clean-up' war es absolut ruhig. Karachi schien eine andere Welt. Karachi ist eine sehr bewegliche, riesige Stadt. Die Bewohner sind geschäftig, auch wenn keine Normalität herrscht. Aber ihre Geschäftigkeit täuscht über ihre Reaktionen auf die gegenwärtige Situation hinweg. Die Spannung nimmt zu. Es kann jederzeit zu einem neuen Ausbruch von Gewalt kommen.

Was könnte das Faß zum Überlaufen bringen?

Jeder einzelne Zwischenfall kann zu einem Ausbruch von Gewalt führen, wenn die Menschen mental dazu bereit sind.

Und sind sie das?

Ja, sie sind es. Zur Zeit leben rund 30.000 unserer Aktivisten im Untergrund. Wenn 30.000 Aktivisten versteckt leben, was für Erfahrungen müssen sie durchmachen. Sie brauchen ihr tägliches Brot. Sie könnten zu Terroristen oder Banditen werden, ohne daß wir davon wissen. Denn die Struktur der Partei ist zerschlagen. Es gibt keine Kommunikation. Denn, wenn mich ein Aktivist anruft, können die Geheimdienste herausfinden, wo er ist, und er könnte verhaftet werden. Deshalb kann er nicht anrufen. Ich kann ihm also nicht sagen, er solle geduldig sein. Ich weiß deshalb nicht, was all die vielen tausend Aktivisten machen. Das ist mein Dilemma. Seit sechs Jahren erleben wir nun diese Folterungen, die Repression, diesen Staatsterrorismus. Und was ist das Resultat, wenn eine Gruppe immer diesem Staatsterrorismus unterworfen ist? Altaf Hussain (Anm.d. Red.: Im Londoner Exil lebender Parteichef der MQM) und die MQM-Führung in Pakistan unterstützen weder Terrorismus noch Gewalt oder Verbrechen. Wir haben in eineinhalb Jahren 150 unerwünschte Elemente aus unserer Partei ausgeschlossen. Aber die Hälfte von ihnen ging zu den Haqiqi, die andere Hälfte zu einer anderen Partei namens 'BACK' ('Basic Amenities for Citizens of Karachi'). Unter diesem Deckmantel kam es zu Verbrechen, Vergewaltigungen, Erpressungen in ganz Karachi. Sie verschafften der MQM einen schlechten Namen. Niemand ist daran interessiert zu wissen, wie die Saat des Terrorismus gesät wird. Wenn man einer Partei jeden politischen Weg versperrt, wenn es kein Recht gibt, sich auszudrücken oder Politik zu treiben, wie sollen wir dann unsere Aktivisten stoppen, wenn sie dieser Behandlung ausgesetzt sind? Wir können sie nicht stoppen. Es ist Absicht, sie zu Terroristen zu machen, sie zu isolieren, zu kriminalisieren. Das ist die Politik.

Sie rechnen also mit einer weiteren Eskalation?

Im Prinzip kämpfen das Establishment und die Armee gegen die MQM. Sie wollen die Autorität über Karachi nicht der MQM übergeben. Das ist ihr Hauptproblem. Aber wenn sie das nicht auf politischem und legalem Weg machen, wird es erneut zu einem Ausbruch der Gewalt kommen. Der Frieden mag noch sechs Monate halten. Mit der Zeit wird jedoch der Staat, der jetzt seine gesamte Macht einzig zu dem Zweck einsetzt, eine politische Partei ins Abseits zu drängen und zu eliminieren, an Autorität einbüßen. Die Herzen der Menschen lassen sich so ohnehin nicht gewinnen, denn die MQM ist in den Herzen der Leute im städtischen Sindh tief verwurzelt.

Die MQM kann nicht mit Gewalt aus den Herzen der Leute gerissen werden. Man muß weiser und intelligenter handeln. Seit sechs Jahren jagt der Staatsapparat die MQM. (...) Jetzt werden unsere Aktivisten erneut verhaftet. Wie oft muß man wiederholen, daß dies die Situation nur verschlechtert. Die Leute hier in Karachi haben genug von der Politik der Zentralregierung und des Punjab, die alles an sich reißen wollen. Alles ist auf Islamabad und Lahore ausgerichtet. Die Toleranz nimmt jeden Tag ab. Ich kann nicht sagen, was in naher Zukunft passiert. Man kann nur hoffen, daß die Klugheit die Oberhand behält. Warum wollen sie zuerst ein Blutbad, bevor alles geregelt wird? Ich weiß nicht, wozu all diese Toten gut sind.